

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Rostock, Zusammenfassender Bericht über die Ereignisse am 17. und 18.6.1953 in Rostock, Rostock, 29.6.1953

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung R o s t o c k
- L e i t u n g -

Rostock, den 29. Juni 1953
Tgb.Nr. 463/53

An das
Ministerium für Staatssicherheit
zu Hd. Herrn Staatssekretär Mielke

Berlin
abschriftlich an die Bezirksleitung VII c
zu Hd. Gen. Generalmajor Walter

Betr.: Zusammenfassender Bericht über die Ereignisse am 17. und 18. Juni 1953 in der
Bezirksverwaltung Rostock

Bezug: FS Nr. 582 vom 20.6.1953

Zu den Ereignissen am 17. und 18. Juni im Bezirk Rostock ist zusammenfassend folgendes zu berichten.

Bis zum 17. Juni 1953, am Tage, als in Berlin die faschistische Provokation gestartet wurde, waren im Bezirk Rostock noch keine Anzeichen von Provokationen und Streikabsichten bekannt geworden.

Am 17. selbst arbeiteten im Bezirk Rostock alle Betriebe mit einer Ausnahme, des VEB Dieselmotorenwerkes Rostock mit einer Belegschaft von 2.200 Beschäftigten.

In diesem Betrieb kam es bereits am 17.6.1953 zu streikähnlichen Auseinandersetzungen.

Um 6.30 Uhr bildete sich eine Delegation von fünf Arbeitern der Mechanischen Werkstatt, die sich an die Direktion wandte und verlangte, daß die Normerhöhung, die aufdiktiert worden war, zurückgesetzt wird. Die Delegation machte ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Arbeiter gewillt sind, freiwillig ihre Normen zu erhöhen, aber ohne Diktat.

Weiter verlangte die Delegation die Einberufung einer Belegschaftsversammlung. Diesem Ersuchen wurde stattgegeben, und die Belegschaftsversammlung wurde am 17.6. um 10.00

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Uhr einberufen. Die Versammlung dauerte ca. drei Stunden. In dieser Zeit ruhte die Arbeit im DMR vollständig.

Nachdem zwischen der Belegschaftsversammlung und der Werkleitung eine Einigung erzielt wurde und eine Kommission, bestehend aus den Arbeitern der Produktion, zwecks Prüfung der Normen gebildet wurde, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

In der Spätschicht des 17.6.1953, um ca. 22.00 Uhr, ruhte die Arbeit in der Mech. Werkstatt, und es bildeten sich Diskussionsgruppen. Als Forderung wurde ebenfalls, wie in der Morgenschicht, die Herabsetzung der Normen lt. Beschluß des ZK diskutiert.

Die Werkleitung griff ein, zusammen mit dem in Rostock anwesenden Minister XY [*Name geschwärzt*] und dem Mitglied des ZK der Partei, Gen. XY [*Name geschwärzt*]. Nach Zusicherung, daß die Normen wieder auf den alten Stand zurückgesetzt werden, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Am Morgen des 18.6. hat das Dieselmotorenwerk dann normal gearbeitet.

Die Lage am 18.6.1953:

Im Bezirk Rostock bestanden an diesem Tag drei Schwerpunkte.

1. Schwerpunkt in Rostock selbst, Warnow-Werft, Neptun-Werft, Schiffs- und Reparaturwerft Gehlsdorf und ein Teil der Zubringerbetriebe der Werften wie Schiffselektrik, Schiffsmontage usw.
2. Schwerpunkt in Stralsund, Volkswerft, Bau-Union (Küste) und Verkehrsbetriebe.
3. Schwerpunkt in Wismar mit Preß- und Schmiedewerk „Hein Fink“, VEB Stahlbau und Mathias Thesen-Werft.

In den übrigen Kreisen war es verhältnismäßig ruhig.

Im Wolgast z.B. auf der Peene-Werft gab es keine Streikbewegungen, obwohl die Schweißer wegen betrieblichen Dingen Forderungen erhoben in Bezug auf die Belieferung mit Milch, Kritik an der Essenausgabe und den Lebensmittelpreisen sowie Diskussion über die Normen. Beide Fischkombinate sowohl in Rostock wie auch in Saßnitz arbeiteten normal.

Die Lage in den ländlichen Bezirken war bis auf einige unwichtige Erscheinungen verhältnismäßig ruhig.

Zur Lage in Rostock:

In der Warnow-Werft bildeten sich nach Arbeitsbeginn einzelne Diskussionsgruppen, besonders in der Halle 1 und Konstruktionsmaschinenbau. Die Diskussionsgruppen vergrößerten sich, so daß um 8.00 Uhr sich ca. 600 Mann zu einem Demonstrationszug vereinigten, der durch das ganze Werk zog und die Arbeiter teilweise mit Gewalt zur Niederlegung der Arbeit aufforderten. Dieser Demonstrationszug zog zum Werktor mit dem Bestreben, die Werft zu verlassen und in der Stadt zu demonstrieren. Hieran wurde der Demonstrationszug von ca. 15 – 20 Soldaten der sowjetischen Armee gehindert, die den Zugang zur Stadt absperren.

Von ca. 10.000 Arbeitern beteiligten sich ca. 600 an der eigentlichen Demonstration vor dem Werkeingang. Allerdings gingen die anderen auch nicht an die Arbeit, so daß die Arbeit aufgrund dieser Ereignisse auf der Warnow-Werft vollkommen ruhte.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Betriebsleitung forderte dann durch den Werkfunk zu Verhandlungen auf und schlug vor, von jedem Gewerk zwei Mann auszuwählen, worauf sich eine Delegation von ca. 50 – 60 Arbeitern bildete, die in Verhandlungen mit der Werkleitung eintraten.

Die Verhandlungen wurden geführt von dem Direktor und dem Techn. Direktor der Werft sowie dem Minister XY [*geschwärzt*] und dem Gen. XY [*geschwärzt*] vom ZK.

Die Forderungen der Delegation waren äußerst unterschiedlich und das Auftreten der Delegation uneinheitlich, teilweise mit berechtigten Forderungen, teilweise aber auch mit erpresserischen Forderungen, die jeder ökonomischen Grundlage entbehrten.

Im wesentlichen waren es solche Forderungen, über die dann auch eine Einigung erzielt wurde, wie z.B.

Rückstufung der nicht freiwillig erhöhten Normen,

Einsetzen der Lohngruppen wie vor drei Monaten,

Bildung eines Normkomitees bestehend aus Produktionsarbeitern, Meistern und Ingenieuren, Abschaffung unzulässiger Methoden in der Wettbewerbsgestaltung,

grundlegende Regelung der sozialen Fragen wie Säuglingskrippen, Milchausgabe für gesundheitsschädliche Arbeiten, Fahrgeld, Wegegeld, Trennungsgeld usw.

Auf Vorschlag der Direktion sollte eine Kommission gebildet werden, die diese Forderungen, über die eine Einigung erzielt worden war, in ihrer Durchführung überprüfen sollte.

Von einzelnen Mitgliedern dieser 50 – 60 Mann starken Delegation wurden auch politische Forderungen gestellt wie Sturz der Regierung und Hissung der schwarz-rot-goldenen Fahne auf Halbmast für die Berliner Opfer. Dagegen standen positive Stimmen, die diese Forderung nicht unterstützten.

Die Delegation war mit der Werkleitung und dem Minister zur Einigung gekommen, und es sollte jetzt eine Belegschaftsversammlung einberufen werden. In dem gleichen Moment waren einige Soldaten der sowj. Armee gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Daraufhin lief die Delegation auseinander, es wurden Stimmen laut, die die bereits getroffenen Vereinbarungen annullieren wollten, weil man nicht weiter verhandeln kann, wenn geschossen wird.

Die Schießerei war verhältnismäßig harmlos, es gab keine Verletzte. Sie war entstanden durch Provokation einzelner Krakeeler und Schreihälse, die zurückgedrängt werden mußten, um die Bildung einer Demonstration zu verhindern.

Inzwischen wurde die Absperrung der sowjetischen Soldaten abgelöst durch Angehörige der KVP, die die Absperrung aber nach ca. einer halben Stunde lockerten, inzwischen war Schichtende, so daß die Arbeiter einzeln nach Hause gehen konnten. Das Gros der Arbeiter ging dann nach Hause, so daß ca. eine halbe Stunde nach Schichtende Ruhe in der Werft eingetreten war.

Die 2. Schicht, die hauptsächlich mit der Eisenbahn eingetroffen war, wurde von den Absperrkommandos der sowjetischen Soldaten am Aussteigen gehindert, der Zug mußte wieder zurückfahren.

Somit war in allen drei Schichten des 18.6.1953 Arbeitsruhe auf der Werft.

Am Morgen des 19.6.1953 wurde im allgemeinen die Arbeit wieder normal aufgenommen. Es bildeten sich lediglich in der ersten Stunde der 1. Schicht einzelne Diskussionsgruppen, die aber von den Angehörigen der KVP schnell ohne jeden Zwischenfall zerstreut wurden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Arbeit verlief dann am 19. Juni normal.

Neptunwerft

Nachdem die Arbeit normal begonnen hatte, bildeten sich um ca. 9.30 Uhr einzelne kleine Diskussionsgruppen, die sich in der Frühstückspause schneller vergrößerten, diese Gruppen schlossen sich zusammen, bildeten einen Demonstrationzug von 200 Arbeitern, der zum Verwaltungsgebäude zog und auf dem Weg dorthin ca. 1.000 Mann stark wurde. Eine Delegation bzw. Streikkomitee wurde nicht gebildet.

Der Werkdirektor und BGL-Funktionäre versuchten, zu der Masse zu sprechen, konnten sich aber kein Gehör verschaffen.

Forderungen wurden im wesentlichen die gleichen aufgestellt wie auf der Warnow-Werft.

Bei dem Versuch der Demonstranten, in das Stadtgebiet von Rostock zu gelangen, wurden sie durch die eingesetzte Sowjet-Armee gehindert.

Ein Teil der Arbeiter gingen nach Verhinderung der Demonstration wieder an die Arbeit, der weitaus größte Teil diskutierte noch bis zum Schichtschluß.

Die 2. Schicht hat normal gearbeitet mit der Ausnahme, daß nur ca. 40 % zur Schicht erschienen.

In der 3. Schicht und am nächstfolgenden Tage wurde im Betrieb normal gearbeitet.

Schiffs- und Bootswerft Gehlsdorf

In der Schiffs- und Bootswerft Gehlsdorf wurde am 18.6. normal gearbeitet. Zu Streiks kam es erst am 19.6.1953.

Der Streikbeginn nahm denselben Verlauf wie auf den anderen Werften, die Forderungen waren auch die gleichen mit einer Ausnahme, daß die Arbeiter forderten, daß sie ebenfalls die Lohngruppen erhalten, wie sie in den Schwerpunktbetrieben Neptun-Werft und Warnow-Werft gezahlt werden.

Das Versprechen, die Lohngruppen zu erhöhen, wurde ihnen bereits vor ca. drei bis vier Monaten gegeben, bis heute war aber derselbe Zustand geblieben, und die Arbeiter hatten weder einen negativen noch einen positiven Bescheid.

Nach der Diskussion über diese Forderungen löste sich die Versammlung schnell auf, es gab lediglich noch eine Zusammenballung, als sowjetische Truppen vor dem Werfteingang erschienen.

Auf eine Diskussion mit dem kommandierenden Major der Sowjet-Armee ließ der Major die Truppen wieder abziehen unter der Bedingung, daß binnen 20 Minuten die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Die Truppen zogen daraufhin ab, und die Arbeiter nahmen auch sofort ihre Arbeit auf.

Seebaggerei Rostock

In der Seebaggerei Rostock kam es am 18.6.1953 gegen 13.00 Uhr zu einer Arbeitsniederlegung von ca. 90 Minuten.

Ca. 30 Arbeiter forderten die sofortige Rückgängigmachung der im Monat Mai erfolgten erstmaligen Kürzung der Schmutzzulage um 50 %, welche aufgrund der Verordnung zur

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Wahrung der Rechte der Werktätigen und über die Verlegung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten vom 20.5.1953 passierte.

Die erstmalige Anwendung der Verordnung im Mai dieses Jahres erfolgte durch ein Schreiben der IG Transport, Zentralvorstand Berlin.

In Rostock kam es in den Zubringerbetrieben für die Werften zu stundenweisen Arbeitsniederlegungen, hauptsächlich hervorgerufen durch Arbeiter, die auf den Werften direkt im Auftrage ihrer Betriebe arbeiteten.

a) VEB Schiffsmontage

Von ca. 750 Belegschaftsmitgliedern streikten ca. 60 Arbeiter in der Produktion eineinhalb Stunden. Durch Eingreifen der Werkleitung und Aufklärung durch die Partei wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

b) VEB Schiffs-Elektrik

Arbeitsablauf bis auf Bildung von Diskussionsgruppen normal. Lediglich im Konstruktionsbüro wurde von ca. 75 technischen Angestellten die Arbeit niedergelegt und eine Resolution verfaßt, die dem FDGB übergeben wurde. Die hauptsächlichsten Punkte waren die Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes und Bestrafung der für den jetzigen Zustand verantwortlichen Staatsfunktionäre.

Kreis Stralsund:

In Stralsund nahm der Streik seinen Anfang auf der Volkswerft. Hier stellten die Abteilungen E-Schweißerei sowie die Malerei die Forderungen auf, ihre entzogene Schmutz- und Gesundheitszulage von 10 % wieder zu bekommen.

Einige nutzten diese Situation aus und wollten die Forderung von 20 % stellen, außerdem wurden noch einige andere Forderungen gestellt zur Frage der Norm, zur Frage der Fahrpreisermäßigung usw.

Als die sowj. Besatzungsmacht auf Grund des Ausnahmezustandes vor dem Objekt aufzog, nahmen sie dieses als Anlaß, um die Arbeit nicht aufzunehmen. Die Streikenden erhoben die Forderung „Aufhebung des Ausnahmezustandes und Abzug der sowj. Besatzungsmacht“.

Bei dieser Aggressiv-Gruppe handelt es sich hier um den geringen Teil der Belegschaft in Höhe von ca. 300 Personen. Die Streikenden unternahmen mehrfach Versuche, aus der Werft auszubrechen, um sich demonstrativ ins Stadtinnere zu bewegen. Die sowj. Besatzungsmacht verhinderte dieses durch die Abgabe von Warnschüssen.

Am anderen Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Streikbewegung hat sich in Stralsund auch auf die Schiffsbau- und Reparaturwerft ausgebreitet. Eine Gruppe auswärtiger Arbeiter, hauptsächlich aus Roßlau, waren aktiv an der Spitze.

Diese Arbeitsniederlegung dauerte nur 1 _ Stunden an, da die mit den Streikenden geführten Verhandlungen positiv verliefen.

In beiden Werften wurden Streikleitungen nicht festgestellt.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bau-Union Küste

Die Lage bei der Bau-Union Küste (Schwedenschanze) hatte schon mehr oder weniger aggressiveren politischen Charakter, obwohl es sich dort nur um ca. 250 Beschäftigte handelte, stellte man eine 8-Punkte-Forderung auf, in der als 1. Forderung „Rücktritt der Regierung“ gefordert wurde.

Des weiteren wurde auch hier versucht, demonstrativ das Stadttinnere zu erreichen, konnte aber durch Agitationseinsatz verhindert werden.

Bei der Verhinderung der Demonstration hatte die Seepolizei entscheidenden Anteil.

Weitere Anzeichen waren bei der VEB Bau-Mechanik Stralsund.

Dort wurde am 18.6.1953 die Arbeit nicht aufgenommen. Man verfaßte eine Resolution, die gegen das Vorgehen der Staatsorgane in Berlin Stellung nahm.

Zu einem Streik ist es jedoch aufgrund von Verhandlungen mit der Betriebsleitung nicht gekommen.

Bei der Städtischen Straßenbahn in Stralsund kam es ebenfalls am 18.6. zu einer kurzen Arbeitsniederlegung, weil einige Aufwiegler das Fahrpersonal tätlich bedrohten. Nachdem das Fahrpersonal polizeilichen Schutz erhielt, wurde der Fahrbetrieb im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Bei der Städtischen Straßenbahn waren böswillige Arbeitsniederlegungen nicht zu verzeichnen.

Kreis Wismar:

Am 18.6. legte die Belegschaft des Press- und Schmiedewerkes „Hein Fink“ in der Morgenschicht (die gesamte Stärke des Betriebes beträgt ca. 400) in einer Stärke von 150 Arbeitern die Arbeit nieder.

Als Begründung der Arbeitsniederlegung gab man an, daß sie nicht gewillt wären, unter sowjetischen Bajonetten zu arbeiten. Es wurde gefordert Abzug der sowj. Besatzungsmacht aus dem Betrieb und Aufhebung des Ausnahme-Befehles Nr. 1.

Bei der Aufstellung dieser Forderungen wurde jedoch von der Mehrzahl der Streikenden zum Ausdruck gebracht, daß sie mit den Ereignissen in Berlin nicht in Einklang zu bringen sind, und daß sie ruhig und friedlich ihrer Arbeit nachgehen wollten, sobald ihre Forderung „Abzug der sowj. Soldaten aus dem Betrieb“ erfüllt ist.

Unter anderem brachten sie auch wirtschaftliche Forderungen zum Ausdruck, die sie näher begründeten, wie z.B. bessere Versorgung mit der ihnen laut Gesetz zustehenden Milch (diese Forderungen stellten hauptsächlich die Schweißer).

Nachdem der Betrieb „Press- und Schmiedewerk Hein Fink“ normalerweise die Arbeit wieder aufgenommen hatte, ergab sich am 18.6. gegen 13.00 Uhr eine vollkommen neue Situation.

Zwei Streikende vom VEB Stahlbau erschienen beim Press- und Schmiedewerk „Hein Fink“ – Schmiede – und forderten die Arbeiter auf, mit ihnen in einen Sympathiestreik zu treten, dieser Aufforderung wurde auch Folge geleistet.

Am 19.6. arbeitete das Press- und Schmiedewerk „Hein Fink“ schon wieder normal, und am 20.6. beschloß die Belegschaft des Press- und Schmiedewerkes „Hein Fink“ den durch die Arbeitsniederlegung entstandenen Produktionsausfall durch Sonderschichten aufzuholen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Dieser Beschluß wurde bereits am 21.6.1953 realisiert, und es konnte festgestellt werden, daß die Belegschaft des gesamten Werkes am Sonntag, dem 21.6., 100 % zur Arbeit erschienen ist.

VEB Stahlbau

Am 18.6. gegen 9.30 Uhr bildeten sich beim VEB Stahlbau in Wismar Diskussionsgruppen, weil der Nachbar-Betrieb „Press- und Schmiedewerk Hein Fink“ die Arbeit niedergelegt hatte. Daraufhin erklärten sie sich solidarisch und legten ebenfalls 50 Arbeiter von etwa 250 Beschäftigten die Arbeit nieder.

Besonders ist zu bemerken, daß außer diesen 50 Genannten die weiteren Beschäftigten dieses Betriebes ihre Arbeit in aller Ruhe weiter durchführten, auch hier hat die Arbeitsaufnahme am 19.6. in normalem Umfange stattgefunden.

Mathias-Thesen-Werft Wismar

Auf der Mathias-Thesen-Werft in Wismar gab es eine Arbeitsniederlegung am 18.6.1953 von 11.00 – 14.00 Uhr.

Von dem auf der Werft liegenden Schiff „Moschaiski“ mit einer Belegschaftsstärke von 150 Mann gingen etwa 130 Arbeiter von Bord. 20 Beschäftigte, Angehörige der technischen Intelligenz, schlossen sich der Arbeitsniederlegung nicht an.

Die Streikenden gaben als Anlaß ihrer Arbeitsniederlegung an, daß sie unter den sowjetischen Maschinenpistolen an Bord nicht arbeiten, sie forderten den Abzug der mit Maschinenpistolen bewaffneten sowj. Besatzungsmacht und erklärten, wenn diese Forderungen erfüllt würden, ihre Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Irgendwelche wirtschaftlichen oder politischen Forderungen wurden von der Belegschaft der Besatzung der „Moschaiski“ nicht gestellt.

Nachdem die sowj. Besatzungsmacht mit dem Bemerkten, wenn die Arbeit aufgenommen wird, abzieht, nahm tatsächlich die gesamte Belegschaft in vollem Umfange die Arbeit auf.

Zu den Schwerpunkten Press- und Schmiedewerk „Hein Fink“, VEB Stahlbau und Mathias-Thesen-Werft kann besonders mitgeteilt werden, daß organisierte Streikleitungen nicht bestanden, sondern daß die von den Streikenden aufgestellten Forderungen mehr oder weniger spontanen Charakter haben.

Auch Ausbruchsversuche oder Bildung von Demonstrationssägen ins Stadttinnere konnten nicht festgestellt werden.

Der Anlaß zu den Streikbewegungen im Bezirk Rostock ist zweifellos in den Ereignissen am 17.6.1953 in Berlin zu suchen.

Die Ursachen der entstandenen ernsten Situation in den entscheidenden Werften und Betrieben sind in erster Linie zu suchen in der Unzufriedenheit großer Teile der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Von dieser Unzufriedenheit waren nach unseren Feststellungen auch große Teile der Parteimitglieder erfaßt. Diese Unzufriedenheit begründet sich hauptsächlich auf den administrativ durchgeführten Normerhöhungen ohne Aufklärung. Die Auswirkung derselben war so, daß der größte Teil der von der Normerhöhung betroffenen Arbeiter wirtschaftlich schwer geschädigt wurden, weil sie keine Gelegenheit hatten, ihre Norm weiter überzuerfüllen und daher weniger Geld in ihre Lohntüte bekamen.

In einigen Fällen wurden Lohngruppenherabstufungen vorgenommen, weil zeitweilig nicht entsprechende qualifizierte Arbeit vorhanden war. Als diese Arbeit aber wieder vorhanden war, wurde die Herabstufung belassen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Weiter wirkte sich ungünstig aus: Wegfall bzw. Herabstufung von Schmutzzulagen, Milchentziehung, Fahrpreisermäßigung, mangelhafte Belieferung von Arbeitskleidung, Wegfall bzw. Herabsetzung von Wegegeld und Trennungsgeld sowie die Verschlechterung in der Sozialen Versicherung.

Eine Unzufriedenheit unter den Arbeitern der Zubringerbetriebe wurde dadurch hervorgerufen, daß sie nicht zu den Schwerpunktbetrieben zählen. Diese Arbeiter arbeiten z.B. auf der Werft, erhalten aber für die qualifizierte Arbeit weniger Lohn als der unqualifizierte Arbeiter der Werft.

Z.B. ein qualifizierter Möbeltischler der Schiffsmontage, der Kabinenausführungen in Edelholz herstellt, verdient weniger als der einfache Maschinentischler des Schwerpunktbetriebes, obwohl sie beide für dasselbe Schiff arbeiten.

Ein weiteres Beispiel: Die Schiff- und Bootswerft Gehlsdorf ist kein Schwerpunktbetrieb. Ein Arbeiter, der wegen Arbeitsmangel zeitweise zur Neptun- oder Warnow-Werft geht, erhält für diese Zeit den Lohn, wie ihn die Arbeiter der Schwerpunktbetriebe erhalten, wenn er jetzt zurückkehrt in die Bootswerft, macht er damit Propaganda, was wiederum eine Verärgerung bedingt.

Hinzu kam die Preisheraufstufung für Marmelade, Zucker und Honig, wo die Arbeiter allgemein der Meinung waren, wenn die Regierung Geld braucht, sie es nicht von den minder bemittelten Schichten nehmen soll.

Diese Unzufriedenheit unter großen Teilen der Arbeiter fand wenig Beachtung bei den verantwortlichen Stellen der Massenorganisationen, vor allen Dingen der Gewerkschaft und den Parteiorganisationen der Partei. Auch von unserer Seite wurde diesen Mißstimmungen nicht die notwendige Beachtung geschenkt.

Da mit den Ereignissen des 18.6. im Bezirk Rostock (Arbeitsniederlegung) einige provokatorische und faschistische Elemente die Sache auszunutzen versuchten und mit spontanen Bewegungen Unruhe und Produktionsstörungen hervorriefen, teilweise wurden von diesen Elementen politische Forderungen gestellt, die sich mit den Richtlinien des NWDR decken [*sic!*].

Ohne Zweifel kann festgestellt werden, daß sich außerhalb des Kreises der Provokateure und faschistischen Elemente ein großer Teil der Arbeiterschaft den von dem NWDR durchgegebenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen Gehör schenkten und auf Grund dessen den Aufwieglern willig folgten.

Dazu ein Beispiel: In der Nacht vom 17. zum 18.6. ließ sich ein Initiator des Streiks, der allerdings nur wirtschaftliche Forderungen formuliert hatte, mit seiner Privatwohnung verbinden, und seine Frau mußte ihm durch direkte Übertragung per Telefon die neuesten Meldungen des NWDR vermitteln.

Die Ausdehnung dieser feindlichen Aktion blieb auf die geschilderten Betriebe bzw. Zubringerbetriebe beschränkt. Es kam zu keinen Auswirkungen und keinen Streiks in dem Bauwesen außer Bau-Union Nord in Stralsund, zu keinen Auswirkungen auf das Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen, Nahrung- und Genußmittelindustrie, Hafen, Energieversorgung und im Handel und Versorgung.

Von Seiten der Bezirks- bzw. Kreisleitung wurde der Versuch unternommen, mit Hilfe von Agitationseinsätzen die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Hierbei waren unterschiedliche Erfolge zu verzeichnen. In einer Reihe von Betrieben, so z.B. der Neptun-

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Werft, der Volkswerft in Stralsund, waren Erfolge zu verzeichnen, während in der Warnow-Werft kaum Erfolge in dieser Richtung zu spüren waren.

Zur Tätigkeit und Kampfkraft der betr. Parteiorganisation in den genannten Werften ist im allgemeinen zu sagen, daß sie entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke fast kaum in Erscheinung getreten sind. Wie z.B. in der Warnow-Werft eine Betr. Parteiorg. von annähernd 1.000 Parteimitgliedern vorhanden ist, die nicht in der Lage war zu verhindern, daß vom Portal die Fahnen heruntergeholt wurden und der Sowjetstern zertrümmert wurde, oder wie in Stralsund in der Volkswerft in einer Abteilung 60 Mitglieder unserer Partei waren, wovon sich 57 dem Streik angeschlossen hatten und nur drei von den Parteimitgliedern mit anderen Parteilosen weitergearbeitet haben.

Die Betriebsparteileitung der genannten Schwerpunktbetriebe trat am 18.6. während der ernsthaften Situation kaum in Erscheinung. Im wesentlichen beschränkte sie sich auf Lenkung der Agitationsgruppen vom Schreibtisch aus. Sie nahmen mit den Streikenden nicht direkte Verbindung auf.

Ein Fall, der uns bekannt wurde, in dem ein Parteileitungsmitglied zum Ausdruck brachte, ich kann jetzt nicht hinuntergehen, sonst geht der Teufel wieder los, beweist, daß die Mitglieder der Parteileitungen mit den Genossen nicht die notwendige Verbindung haben.

Im allgemeinen haben die Betriebsleitung mit den Streikenden Verhandlungen geführt, ohne daß die Betr. Parteileitungsmitglieder in Erscheinung getreten sind.

In der VEB Schiffsmontage ging der Parteisekretär einer Auseinandersetzung aus dem Wege und unterschrieb selbst eine Resolution mit der Forderung um Aufhebung des Ausnahmezustandes.

In der VEB Schiffselektrik lehnte der Parteisekretär ein aktives Eingreifen mit dem Bemerkten, die Lage müsse sich erst beruhigen, da durch sein Erscheinen wieder Unruhe zustande komme, ab.

Als am 19.6. Arbeiter der Warnow-Werft, die lediglich Mitläufer waren, von uns entlassen waren und bei ihrer Rückkehr positiv diskutierten, lehnte der Parteisekretär diese Agitation ab, weil dieser Arbeiter parteilos war und seine Agitation keinen Anklang fand. Die von einem Instrukteur der Kreisleitung an ihm geübte Kritik verstand er nicht, er war im Gegenteil noch beleidigt.

Im Fischkombinat arbeitete die Parteileitung sofort planmäßig und erfaßte die Schwerpunkte, wodurch sich keinerlei Arbeitsunterbrechungen einstellten.

Durch guten und schnellen Instrukteureinsatz auf dem Sektor Landwirtschaft ist es dort zu keinerlei Arbeitsunterbrechung gekommen.

Im Laufe des 19. und 20., als sich die Lage einigermaßen stabilisiert hatte, gingen Instrukteure der Kreis- und Bezirksleitung in die Betriebe und hatten mit der Aufklärungskampagne in Form von Parteiaktivsitzungen gute Erfolge zu verzeichnen.

Führende Genossen der Kreis- bzw. Bezirksleitung haben an dem Gelingen der Aufklärung in den Betrieben entscheidenden und persönlichen Anteil.

Zu erwähnen ist, daß in einigen Betrieben, wo Streiktendenzen auftauchten, der Partei es gelungen ist, die Streikbewegung durch Einsetzen von Agitationsgruppen zu zerschlagen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

In Bezug auf die Durchführung des Ministerrates vom 11. und 17.6. haben wir die Feststellungen getroffen, daß die Mitarbeiter und führenden Funktionäre im Rat des Bezirkes der Kreise von den Beschlüssen überrascht wurden und im wesentlichen in den ersten Tagen keine Hinweise erhielten, wie sie die Beschlüsse unten durchzuführen haben.

Im Rat des Bezirkes Rostock waren besonders vom Finanzministerium eine Reihe von Instruktoren aus Berlin anwesend, die aber nur das mitteilten, was bereits in der Presse durch den Beschluß des Ministerrats bekannt geworden war.

Wie und woher die Mittel nehmen in Bezug auf die Rückerstattung von Eigentum und Mobiliar, Erstattung von Kreditgewährung usw., darauf konnte keine Antwort gegeben werden.

Eine konkrete Durchführung des Ministerratsbeschlusses war aufgrund der geschilderten Verhältnisse bis zum Zeitpunkt des Streikes nicht durchgeführt worden.

Die Durchführung der Beschlüsse des Ministerrats bzw. ihre Verwirklichung in Bezug auf die Rückgabe ihres Eigentums oder der Bereitstellung geeigneten Ersatzes und der Beschaffung von notwendigem Wohnraum, wird schleppend durchgeführt.

In den ersten Tagen auch nach dem 20.6. war zu verzeichnen, daß sie von einer Dienststelle zur anderen geschickt wurden. Erst in den letzten Tagen hat sich dieser Zustand gebessert, entspricht aber noch keinesfalls den in den Ministerratsbeschlüssen verankerten Richtlinien.

Die Verwaltungsstellen im Bezirk Rostock stehen hinter den Beschlüssen des Ministerrates und von den Angestellten des Verwaltungsapparates ist keine Beteiligung an den Provokationen zu verzeichnen gewesen.

In sämtlichen von Streikunruhen betroffenen Betrieben gelang es den Leitungen des FDGB und der FDJ nicht, ihre Mitglieder und noch nicht einmal ihre Funktionäre zusammenzufassen und zu mobilisieren.

Außer einem sporadischen Agitatoren-Einsatz war keine systematische Arbeit zu erkennen. Insbesondere auf der Neptun-Werft war keinerlei Kontakt mit der Partei vorhanden. Partei, FDJ und FDGB bildeten sozusagen jeder einen selbständigen Stab.

Auf der ganzen Linie haben besonders die BGL-Vorsitzenden eine mehr als zurückhaltende Haltung angenommen und sind fast überall zurückgewichen.

Die gewählten Funktionäre wie AGL-Vorsitzende usw. haben sich zumindest in Verkennung der Lage in einigen Fällen zum Sprecher der Streikenden gemacht.

Zur Taktik und Methode der gegnerischen Kräfte ist nach bisherigen Feststellungen folgendes zu berichten. Mit der Provokation in Berlin versuchen eine Reihe negativer Elemente, unterstützt durch die Richtlinien des Nordwestdeutschen Rundfunks und des RIAS, die Mißstimmung der Arbeiter für sich auszunutzen, erhärtet wird dies dadurch, daß in einigen Großbetrieben, in Toiletten und anderen Stellen Hetzparolen angeschrieben wurden, wie z.B. in der Neptun-Werft und Warnow-Werft, die ausnahmslos auf die Durchführung eines Streiks hinzielten.

In einem Kreise (Putbus) versuchten gegnerische Kräfte durch Anbringen von Hetzlosungen die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Regierung aufzuhetzen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Verschiedentlich wurden auch vereinzelt Flugblätter auf den Straßen gefunden mit der Aufforderung zum Streik. So wurden in Greifswald ca. 60 selbstgefertigte Flugblätter mit dem Text „Helft Berlin, streikt“ und in Wolgast 26 Stück aufgefunden.

Nach unseren bisherigen Feststellungen verfügt der Gegner im Bezirk Rostock über keine feste organisierte zentrale Leitung, die stattgefundenen Aktionen in den Betrieben sind auf das Ergebnis einiger negativer Provokateure zurückzuführen. Es wurden keinerlei Verbindungen nach bestimmten Zentralen nach Berlin festgestellt.

Zu Zerstörungen von Betriebsanlagen, Geschäften, öffentlichen Gebäuden und Transportmitteln kam es während des Streiks nicht. Lediglich wurden in der Warnow-Werft die Sichtwerbungen umgestoßen und einige Transparente beschädigt, sowie die Aktivistentafel eingeworfen.

Nach Abschluß dieser feindlichen Handlungen haben wir einen GI-Bericht aus Kreisen von ehem. SPD-Mitgliedern erhalten, woraus ersichtlich ist, daß diese Kreise die Losung des passiven Widerstandes propagiert haben, ohne daß es jedoch in den Betrieben und Werften zu diesen Erscheinungen gekommen ist.

Die Gesamtzahl der Verhafteten betrug im Bezirk Rostock 81, davon wurden von der VP 42 Personen und von der Bezirksverwaltung des MfS 39 festgenommen.

Von den 42 durch die VP verhafteten Personen wurden 31 Personen entlassen, 8 an unsere Bezirksverwaltung des MfS übergeben, und 3 befinden sich noch z.Zt. bei der VP in Bearbeitung. Von unserer Bezirksverwaltung wurden 9 Personen entlassen und die 8 Personen von der VP übernommen. Gegen 38 Personen wurde das Untersuchungsverfahren nach § 106 der StPO eingeleitet.

Die nachfolgende Analyse bezieht sich auf 38 Personen, gegen die ein Untersuchungsverfahren eingeleitet wurde.

Alter der Verhafteten: ungefähr 1/3 der Verhafteten ist im jugendlichen Alter.

Im einzelnen ergibt sich folgendes:

1 Pers. ist unter 20 Jahren
 10 " sind im Alter von 20 – 30 Jahren
 23 " " " " " 30 – 50 "
 4 " " über 50 Jahre.

Von den 38 Personen sind 6 ledig und 32 verheiratet.

Ihrer sozialen Herkunft nach sind es überwiegend Arbeiter. Vier sind bäuerlicher Herkunft und vier kommen aus den Kreisen der Angestellten und des handwerklichen Mittelstandes.

Zum sozialen Stand der Verhafteten: 35 haben eine abgeschlossene Berufsausbildung, das metallverarbeitende Handwerk ist am meisten vertreten. Drei haben keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Zur politischen Vergangenheit der Verhafteten:

Die Mehrzahl der Verhafteten waren vor 1933 sowie vor 1945 nicht politisch organisiert. Zwei Verhaftete waren Mitglied der NSDAP, zwei waren Mitglieder der faschistischen Waffen-SS, ein Verhafteter war Angehöriger der faschistischen Organisation Wehrwolf. Ein Verhafteter war vor 1933 Mitglied der KPD, und einer war Mitglied der SPD.

Die Mehrzahl der Verhafteten (29) sind Mitglied des FDGB, in der DSF sind acht und in der FDJ neun organisiert.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Mitglieder der SED sind drei Verhaftete, sieben Verhaftete waren Mitglied der SED, wurden aber aus der SED ausgeschlossen. Fünf Verhaftete sind Angehörige bürgerlicher Parteien, davon einer Mitglied der CDU, einer Mitglied der DBD und drei Mitglieder der NDP.

Unter den Verhafteten befinden sich drei FDGB-Funktionäre, davon ist einer hauptamtlicher BGL-Vorsitzender, einer Mitglied der BGL und einer Mitglied der AGL.

Vorbekannt sind fünf von den Verhafteten.

In Westdeutschland waren sieben von den Verhafteten zeitweilig ansässig.

14 von den Verhafteten waren ständige Hörer des RIAS und des NWDR.

In Bezug auf die Entwicklung der Stimmung nach der Veröffentlichung des Kommuniqués des Politbüros und der faschistischen Provokationen bitten wir, unsere laufenden Stimmungsberichte einzusehen.

Besondere Auswirkungen auf die Produktion, die Versorgung und Handel und den Verkehr sind nicht festgestellt.

i.V. [Unterschrift]

(Mühlpforte)

Major

[Quelle: BStU, MfS, SdM Nr. 249, Bl. 2-15; vom BStU aus Gründen des Datenschutzes geschwärzte Namen wurden durch fiktive Anfangs-Großbuchstaben ersetzt.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---